

EU-Lateinamerika- Karibik

Zwei Gipfeltreffen im Mai 2006 zur Thematik Freihandelsabkommen, ein offizieller und ein Gegengipfel „*Enlazando Alternativas 2*“

Von Gerti Zupanich

Im erbitterten Ringen um immer neue multinationale Freihandelsabkommen, das sich derzeit die USA und die EU liefern, strebt die EU an einen besonders „dicken Fisch“ an Land zu ziehen. Denn im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft findet im Mai 2006 ein viertes Gipfeltreffen mit den lateinamerikanischen- und karibischen Regierungschefs statt. Es wird das zahlenmäßig größte Treffen beim EU-Ratsvorsitz Österreichs sein - ca. 60 Delegationen werden erwartet - und von besonderer Brisanz und Eile begleitet werden. Nachdem die USA mit ihren Vorschlägen zur FTAA (Free Trade Area of the Americas) - eine Freihandelszone mit einem Markt von 780 Millionen KonsumentInnen - in Mar del Plata gescheitert sind, sehen die europäischen Konzerne ihre große Chance gekommen. Die vorangegangenen Gipfel zum Assoziierungsabkommen zwischen EU und MERCOSUR (*Mercado Comun del Cono Sur*) blieben ohne konkretes Ergebnis. Umso größer die Hoffnungen in Wien zu einer Einigung zu kommen. Dies wiederum wäre ganz im Sinne unserer Regierungsmitglieder, denn Österreichs EU-Präsidentschaft sollte sich möglichst erfolgreich darstellen und das ohne störende Komplikationen. In dieses Wunschbild von Harmonie und Glorie passt „*Enlazando Alternativas 2*“-der Gegengipfel zum offiziellen Treffen der Regierungen-, ganz sicher nicht ins Konzept.

Das Konzept der zahlreichen UnterstützerInnen des Alternativgipfels sieht ganz anderes vor: International vernetzte AktivistInnen von NGOs, StudentInnen, KünstlerInnen und vielen mehr, die sich in Wien im Mai treffen, wollen die Nachteile von neoliberal geprägten Freihandelszonen aufzeigen und zur Diskussion zu stellen. Der „offizielle“ LAC (Lateinamerika-Caribik) ist dabei eine willkommene Bühne, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme der lateinamerikanischen Bevölkerung zu richten.

Inhaltlich hätten beide Gipfel ein gemeinsames Ziel: Bei diesen Treffen stehen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem lateinamerikanischen Kontinent im Mittelpunkt. Nur mit gänzlich divergierenden Absichten und Ansichten. Die Vorbereitungen beider Gipfel laufen seit Ende des Jahres 2005. Für den „Offiziellen“ gibt es ein 20-seitiges Arbeitspapier aus Brüssel (*KOM(2005)636endg.*), die Alternativen stimmen sich in Seminaren und Podiumsdiskussionen auf Thematik und Argumentation ein.

Worum geht es bei diesem Assoziierungsabkommens der EU mit den MERCOSUR-Staaten, warum ist es für die EU so wichtig abzuschließen?

Die Mitgliedsländer des MERCOSUR sind: Argentinien, Brasilien, Uruguay, Paraguay und seit November 2005 Venezuela. Chile und Bolivien sind assoziierte Mitglieder, zwischen Mexiko und der EU besteht seit 2000 ein Globalabkommen. Alle Staaten zusammen genommen wäre es ein riesiger Markt den es zu erobern gilt. EU und Lateinamerika haben zwar schon seit längerem bilaterale Verträge die es europäischen Unternehmen ermöglichen in den südamerikanischen Markt einzusteigen. Doch die Konzerne fordern mehr Rechtssicherheit und weitreichende Erleichterungen für ihre Investitionen, auch für den des Kapitaltransfers. Gewinner eines solchen Abkommens, nach europäischen Vorstellungen, wären vor allem die deutsche und spanische Exportwirtschaft, sowie Frankreich. Eine entsprechende Lobbygruppe, „*Mercosur European Business Forum*“ (MEBF) zur

Unterstützung ihrer Forderungen, hat sich umgehend gebildet. Darin sind prominente Konzerne wie VW, Siemens, BASF, Danone und Vivendi aus Frankreich und Endes, Respol und Telefonica aus Spanien vertreten. Letztere ist derzeit schon das größte ausländische Unternehmen Lateinamerikas. Das Scheitern von George W. Bush in Mar del Plata mag von den Europäern mit Schadenfreude betrachtet worden sein. Die Chancen für einen baldigen positiven Abschluss EU-MERCOSUR stünden auch für Brüssel schlecht, meinte die Außenkommissarin Benito Ferrero-Waldner bereits im Juli 2005. Für die EU wäre diese Freihandelszone mit 700 Millionen potentieller KonsumentInnen und vielen Rohstoffquellen die es auszuschöpfen gilt wahrlich ein „dicker Fisch“, den es gegenüber den USA zu verteidigen gilt.

Die USA hoffte, im Kampf um diesen Markt, das Ziel eher erreichen zu können. Sie entsandte Bush im Oktober 2005 nach Mar del Plata, um die Ausweitung des bestehenden Freihandelsabkommen NAFTA (*North American Free Trade Agreement*) auf die FTAA (*Free Trade Area of the Americas*) auszuhandeln und zu einem Abschluss zu bringen. Diese geplante Ausweitung hätte fast den gesamten lateinamerikanischen Kontinent umfasst - 34 Staaten, ausgenommen Kuba - und wäre eine pan-amerikanische Freihandelszone von Kanada bis zum Süden Amerikas geworden. Doch Bush musste unverrichteter Dinge nach Hause fahren, erlebte dort geradezu sein persönliches Fiasko. Bush wurde zur Symbolfigur des Neoliberalismus. Seither kann von einem historischen Zusammenschluss der Bevölkerung des südamerikanischen Kontinents gesprochen werden. Der Erfolg dieser wütenden Proteste der DemonstrantInnen war auf eine gute Organisation vieler kleiner NGOs und auf eine Unterschriftenaktion zurückzuführen, die von zehn Millionen LateinamerikanerInnen unterfertigt worden war. Seit den erfolgreichen Protesten in Mar del Plata herrscht in Lateinamerika Aufbruchstimmung und globalisierungskritische Organisationen haben, trotz massiver Repressalien von Seiten staatlicher Stellen, wie z. B. in Guatemala, enormen Zulauf bekommen. Die AktivistInnen wollen diesen Auftrieb nützen, die Anliegen Lateinamerikas und der Karibik nicht wieder einschlafen zu lassen. Sie schöpfen Hoffnung, dass die EU sich der historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Europa und Südamerika erinnert, sie wieder aufleben lässt, damit ein Gegengewicht zu den bestehenden und geplanten Handelsabkommen der USA entsteht. Diese Appelle an die EuropäerInnen sind zwar für diese ehrenhaft. Es darf aber bezweifelt werden, dass sie den entsprechenden Widerhall finden. Die Lobby der europäischen Konzerne ist mächtig und wird kaum gewillt sein ihre Interessen den Forderungen der lateinamerikanischen Bevölkerung anzupassen.

Die Kritik und die wütenden Proteste der lateinamerikanischen Bevölkerung beruht u.a. auf den Erfahrungen die etwa Mexiko mit der NAFTA gemacht hat. Diese Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko besteht seit 1. Jänner 1994. Die Ziele der NAFTA waren und sind auf den Abbau von Handelsbarrieren bei Zöllen, gewerblichen Gütern, Dienstleistungen und auf den Kapitalverkehr, ausgerichtet. Mexiko hatte sich durch die NAFTA die Förderung demokratischer Reformen, eine Verbesserung der Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards und vor allem einen leichteren Zugang zum US-amerikanischen Markt erhofft. Fast müßig zu sagen, dass sich die Hoffungen nicht erfüllt haben. Am Beispiel Maisanbau wird die steigende Kritik an der NAFTA sichtbar: Nordamerikanische Farmer, bzw. über Umwege auch das „Agrobusiness“, werden mit hohen staatlichen Zuschüssen bei der Maisproduktion und deren Vermarktung bedacht. Mexikanische Kleinbauern erhielten keine Subventionen, konnten im Preiskampf mit den US-Farmern nicht mithalten, bekamen massive

Absatzschwierigkeiten und viele mussten deshalb ihren Anbau einstellen. Die Importe aus den USA stiegen an, weil der Bedarf in Mexiko vorhanden ist. Theoretisch hätte Mexiko Mais an die USA liefern können. Aber wer kauft schon teureren mexikanischen Mais? Das Resümee nach zehn Jahren: Weder ist durch die NAFTA der Lebensstandard in Mexiko angestiegen, noch hatten sich die sozialen Standards verbessert. Im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit steigt, die Lebenshaltungskosten gleichfalls. (So wurden etwa Medikamente fast unerschwinglich).

Der MERCOSUR wiederum ist der gemeinsame Markt des Südens. Er war zumindest bei seiner Gründung, 1991, mit 250 Millionen potentiellen KonsumentInnen der bisher größte Wirtschaftsraum der Welt. Das Assoziierungsabkommen von Chile mit MERCOSUR öffnete zusätzlich den asiatisch-pazifischen Raum für den Wirtschaftsmarkt Japan. Im Gegensatz zur NAFTA wurden von den MERCOSUR Mitgliedsstaaten ursprünglich eine gemeinsame Währungs- und Industriepolitik angestrebt. Doch bis jetzt ist man über eine Zollunion nicht hinausgekommen. Auch sollten für MERCOSUR gemeinsame Organe (*Consejo Mercado Comun*) und institutionelle Strukturen geschaffen werden, um auch gemeinsame politische Ziele besser koordinieren zu können. Der große Wirtschaftsraum erweist sich bei näherer Betrachtung zur mehr als die Hälfte als brasilianischer. Brasiliens Bevölkerung ist nicht kaufkräftig genug um den MERCOSUR-Markt zu beleben. So exportieren die Mitgliedsstaaten hauptsächlich ihre Agrarprodukte in die EU und in die NAFTA. Die europäischen Unternehmen wiederum beteiligen sich zunehmend im Luftverkehr, bei den Eisenbahnen, den Öl- und Gasfirmen, am Energie- und Wassersektor, bei Banken und Versicherungen. Großteils sind es Übernahmen und Fusionen. Versteuert werden die Gewinne in den Steueroasen der Karibik. „Die neuen conquistadores sind die internationalen Konzerne die im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert von Lateinamerika Besitz nehmen wollen“, meint Brid Brennan bei einer Podiumsdiskussion am 25. November 2005 im Lateinamerikainstitut (LAI). Noch ein Beispiel der Auswirkungen von bilateralen Verträgen: Die Agrarproduktion Argentiniens ist in den 90er Jahren zwar um 70 Prozent gestiegen, doch gleichzeitig gingen die Beschäftigungszahlen durch den höheren Technologieinsatz zurück. Wen wundert es da, dass die Unzufriedenheit wächst und in immer mehr Staaten Lateinamerikas „linke“ Regierungen gewählt werden. Die Kritik an den bilateralen Verträgen steigt beständig und ist nach Ansicht vieler NGOs und anderer KritikerInnen mehr als berechtigt. Die Proteste richteten sich gegenwärtig vorrangig gegen die USA, auch was deren Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten lateinamerikanischer Regierungen betrifft (Stichwort: Mexiko und Vicente Fox, der der starke Mann Washingtons in der Region werden sollte).

Was will und kann so ein Gegengipfel wie der „*Enlazando Alternativas*“ bewirken? Daniela Härtl vom Organisationsbüro meint dazu: „Während dieser vier Tage im Mai 2006 sollen in zahlreichen Plenardiskussionen und Seminaren die multilateralen Verträge analysiert und die Entwicklungspolitik der EU in Bezug auf Lateinamerika und der Karibik hinterfragt werden. Auch die Machtmechanismen, die dem Verhalten der meisten transnationalen Konzerne zu Grunde liegen, sollen untersucht werden. Lateinamerika, vor allem die Anliegen der indigenen Bevölkerung, sind bei uns in Europa kein Thema. Ähnliches trifft in umgekehrter Weise genauso zu. Die EU als Partner wird weniger wahrgenommen als die USA, obwohl sie prinzipiell als der bessere als die USA angesehen wird.“

Was wir erreichen können und wollen ist den südamerikanischen Kontinent mit seinen Demokratiedefiziten, sozialen Problemen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten besser in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu rücken. Das ‚Tribunal der Völker‘ - ebenfalls während dieser vier Tage in Wien abgehalten - rückt die Liberalismuskritik in den Vordergrund und zeigt durch Vorschläge auf, dass „eine andere Welt möglich ist.“

„Ich sehe die Bemühungen der zahlreichen unterstützenden NGOs als fortschreitenden Prozess an. Die erarbeiteten Argumentationen werden bei einem nächsten offiziellen Gipfeltreffen wieder einfließen. Die Liste der mittätigen internationalen Organisationen die sich in Wien zum Enlazando Alternativas 2 trifft ist lang. So nehmen wir die Chance wahr gleichzeitig über unsere Erfahrungen bei Kampagnen und eine bessere Vernetzung zu diskutieren.“

Den Abschluss und gleichzeitig der Höhepunkt an Aufmerksamkeit bildet die Demonstration am 13. Mai 2006. Zu dieser Demonstration werden so prominente Gäste wie der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel und auch Hugo Chavez erwartet. Venezuelas Staatschef Chavez festigte seine Position im eigenen Land „...und bringt derzeit Washington zur Weißglut...“ (Emir Sedan, in einem Interview mit der Berliner Tageszeitung (taz)). Er will gleich an beiden Gipfeln in Wien teilnehmen: an dem der Staatschefs UND dem der Alternativen. Ob Evo Morales, ebenfalls ein Linker und neuer Staatschef von Bolivien, dann auch auf beiden Gipfeln auftreten wird?

Gerti Zupanich

Absolventin am IPW und Redaktionsmitglied

Quellen:

Podiumsdiskussion im LAI vom 25.11.2005

www.alternativas.at

www.ila-bonn.de

www.taz.de Gerhard Dilger, Mar del Plata vom 7.11.2005

Gerhard Dilger, Interview mit Emir Sedan, Soziologe vom 4.11.2005

Arbeitspapier der EU (KOM(2005)636endg.)

Ferrero-Waldner im Standard vom 20.12.05, Seite 2

ALCA (*Acra de Libre Comercio de las Americas*) ist die spanische Abkürzung von FTAA